

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	23
 <b>Erster Teil</b>	
<b>Vorbereitende Untersuchungen</b> .....	25
<b>§ 1 Die derzeitige Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Rahmen der Absicherung von Staatsbesuchen sowie möglicher Inhalt und potentielle Relevanz eventueller völkerrechtlicher Schutzpflichten</b> .....	27
A. Der mögliche Inhalt völkerrechtlicher Schutzpflichten und deren potentielle Relevanz für die Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Allgemeinen.....	28
B. Die möglichen Auswirkungen der Anwendung völkerrechtlicher Schutzpflichten an Hand von Beispielsfällen.....	33
C. Zusammenfassung.....	48
<b>§ 2 Der Begriff des Staatsbesuchs und seine Verwendung in der vorliegenden Arbeit</b> .....	51
A. Verwendungen und Verwendungszusammenhänge außerhalb der Rechtswissenschaften.....	51
B. Juristische Ansatzpunkte für eine Definition des Begriffs des Staatsbesuchs...	54
C. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuches in der vorliegenden Arbeit .	67
<b>§ 3 Gegenstand und Gang der Untersuchung</b> .....	73
 <b>Zweiter Teil</b>	
<b>Der Anwendungsbereich von den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten</b> .....	77
<b>§ 1 Völkervertragliche Schutzpflichten</b> .....	79
A. Die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen .....	79
B. Regelungen im Bereich der nichtständigen Diplomatie.....	79

C. Das Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen universellen Charakters .....	80
D. Einzelfallbezogene Vereinbarungen .....	81
E. Die Diplomatschutzkonvention .....	82
F. Ergebnis .....	119

## **§ 2 Völkergewohnheitsrechtliche Schutzpflichten .....**

A. Vorbereitende Untersuchungen .....	121
B. Der Schutz von Staatsbesuchen in der Staatenpraxis .....	143
C. Indizien für das Bestehen völkergewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten .....	161
D. Zusammenfassende Analyse .....	193
E. Ergebnis .....	197

## **§ 3 Allgemeine Rechtsgrundsätze .....**

A. Die Rechtslage auf Grund des Gefahrenabwehrrechts des Bundes und der Länder und die auf den Schutz der Staatenvertreter bezogenen Vorschriften des Auslandes .....	200
B. Bewertung der vorgefundenen Rechtsnormen .....	201
C. Ergebnis .....	201

## **§ 4 Zusammenfassung .....**

### **Dritter Teil**

### **Der Inhalt der den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten .....**

#### **§ 1 Der Inhalt des Würdeschutzes .....**

A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck .....	208
B. Die Praxis des Würdeschutzes in den zwischenstaatlichen Beziehungen .....	210
C. Rechtsprechung und Schrifttum .....	215
D. Entstehungsgeschichte und Systematik der einschlägigen Konventionen .....	227

E. Eigene Stellungnahme.....	229
F. Ergebnis.....	231
<b>§ 2 Die Verpflichtung zu besonderen Schutzmaßnahmen .....</b>	<b>233</b>
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck .....	233
B. Die Staatenpraxis.....	234
C. Rechtsprechung und Schrifttum.....	238
D. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen Konventionen.....	242
E. Analyse.....	244
<b>§ 3 Ergebnis .....</b>	<b>251</b>
<b>Thesen .....</b>	<b>253</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>255</b>
<b>Verzeichnis der zitierten völkerrechtlichen Verträge bzw. Konventionen.....</b>	<b>265</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	23
<b>Erster Teil</b>	
<b>Vorbereitende Untersuchungen</b> .....	25
<b>§ 1 Die derzeitige Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Rahmen der Absicherung von Staatsbesuchen sowie möglicher Inhalt und potentielle Relevanz eventueller völkerrechtlicher Schutzpflichten</b> .....	27
A. Der mögliche Inhalt völkerrechtlicher Schutzpflichten und deren potentielle Relevanz für die Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Allgemeinen.....	28
I. Völkerrechtliche Schutzpflichten als Grundlage einer Erweiterung der vom Begriff der öffentlichen Sicherheit umfassten Rechtsgüter.....	29
II. Auswirkungen völkerrechtlicher Schutzpflichten auf die Eingriffsschwelle .....	31
III. Zusammenfassung .....	32
B. Die möglichen Auswirkungen der Anwendung völkerrechtlicher Schutzpflichten an Hand von Beispielsfällen.....	33
I. Verbot einer Mahnwache vor dem Elternhaus des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, anlässlich seines Staatsbesuches am 10.09.1987 .....	33
1. Die gerichtlichen Entscheidungen .....	33
2. Gemeinsame Analyse der Entscheidungen .....	34
3. Die potentielle Auswirkung völkerrechtlicher Vorschriften .....	36
II. Der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng am 07.07.1994 in Weimar .....	36
1. Das Verbot einer Mahnwache auf dem Marktplatz.....	37
2. Der Abbruch des Besuchs auf Grund von Protesten von der Pressetribüne .....	38
III. Verbot eines Sternmarschs nach Heiligendamm für den 07.06.2007 anlässlich des dortigen G-8-Gipfels .....	38
1. Der Sachverhalt.....	40
2. Die Bewertung der Verbotsverfügungen durch die Gerichte .....	42
a) Die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes .....	42
b) Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 06.06.2007....	43

c) Das Urteil des VG Schwerin vom 19.01.2011 .....	44
3. Gemeinsame Analyse der Entscheidungen.....	45
a) Die These von der Erschütterung der ursprünglichen Gefahrenprognose .....	45
b) Die fehlende Differenzierung zwischen Verbot und Auflagenerteilung.....	46
c) Zwischenergebnis.....	47
4. Die potentielle Auswirkung völkerrechtlicher Vorschriften .....	48
C. Zusammenfassung.....	48

## **§ 2 Der Begriff des Staatsbesuchs und seine Verwendung**

<b>in der vorliegenden Arbeit.....</b>	<b>51</b>
A. Verwendungen und Verwendungszusammenhänge außerhalb der Rechtswissenschaften.....	51
I. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuchs im allgemeinen Sprachgebrauch .....	51
II. Begriffsverwendungen in der protokollarischen und polizeilichen Praxis.	52
III. Die Verwendung des Begriffs in der Politikwissenschaft .....	53
B. Juristische Ansatzpunkte für eine Definition des Begriffs des Staatsbesuchs...	54
I. Der Begriff des Staatsbesuchs auf nationalstaatlicher Ebene.....	55
1. Völkerrechtliche Regelungen .....	55
2. Staatsorganisationsrecht der Bundesrepublik .....	57
3. Zwischenergebnis .....	57
II. Staatsbesuch und zwischenstaatliche Organisationen .....	58
1. Die grundsätzliche Einbeziehung zwischenstaatlicher Organisationen in den Begriff des Staatsbesuchs .....	58
a) Der Begriff des Staatsbesuches als begriffliche Grenze für die Einbeziehung zwischenstaatlicher Organisationen .....	58
b) Die Aufgaben zwischenstaatlicher Organisationen und ihre völkerrechtliche Stellung .....	59
c) Zwischenergebnis.....	60
2. Ansatzpunkte für eine Begrenzung des Kreises einzubeziehender Vertreter zwischenstaatlicher Organisationen.....	60
3. Zwischenergebnis .....	61
III. Die Einordnung der Besuche von und bei Vertretern der Bundesländer....	61
IV. Staatsbesuche von und bei sonstigen Amtsträgern, insbesondere Vertretern von Selbstverwaltungskörperschaften.....	63
V. Staatsbesuche von und bei Privaten bzw. Vertretern nichtstaatlicher Organisationen?.....	65

VI. Zusammenfassung .....	67
C. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuches in der vorliegenden Arbeit ..	67
I. Besuche von und bei Staatenvertretern .....	68
II. Besuche von bzw. bei Vertretern zwischenstaatlicher Organisationen.....	69
III. Besuche von und bei Privaten .....	70
IV. Zusammenfassung .....	71
<b>§ 3 Gegenstand und Gang der Untersuchung .....</b>	<b>73</b>
 <b>Zweiter Teil</b>	
<b>Der Anwendungsbereich von den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD</b> <b>entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten .....</b>	<b>77</b>
<b>§ 1 Völkervertragliche Schutzpflichten .....</b>	<b>79</b>
A. Die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen .....	79
B. Regelungen im Bereich der nichtständigen Diplomatie.....	79
I. Die Havanna-Konvention .....	79
II. Die Konvention über Spezialmissionen .....	80
C. Das Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen universellen Charakters .....	80
D. Einzelfallbezogene Vereinbarungen .....	81
I. Protokollvereinbarungen .....	81
II. Sonderbestimmungen für internationale Konferenzen am Beispiel der Wiener Diplomatischen Konferenz 1961 .....	81
E. Die Diplomatschutzkonvention .....	82
I. Auslegung des Art. 4 lit. a DSK auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck, Art. 31 Abs. 1 WVÜ .....	82
1. Der Wortlaut der Vorschrift.....	82
2. Der Normzusammenhang .....	84
3. Der Normzweck.....	85
4. Zwischenergebnis .....	85
II. Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen von Staatsbesuchen als Ausdruck der praktischen Anwendung der Vorschrift i. S.v. Art. 31 Abs. 3 lit. b WVÜ .....	85

1. Darstellung weiterer Einzelfälle der Praxis in der Bundesrepublik.....	86
a) Ausländerrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des iranischen Kaiserpaares im Mai 1967 .....	86
aa) Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 01.07.1975 .....	86
bb) Die Entscheidung des VGH Mannheim vom 14.07.1969 .....	88
b) Ausländerrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren im Oktober 1988 .	89
aa) Die Entscheidung des VGH Mannheim vom 01.08.1990 .....	89
bb) Die Entscheidungen des VG München .....	90
c) Wegnahme einer Trillerpfeife anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels am 06.07.1992 in München.....	90
d) Die Verdeckung einer Mahnwache anlässlich des Besuches des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in München am 15.07.1995.....	91
e) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des Staatspräsidenten der islamischen Republik Iran, Mohammed Chatami, im Juli 2000 in Berlin und Weimar.....	92
f) Polizeiliche Gefährderanschriften zum EU-Gipfel vom 13. bis 15.12.2001 in Brüssel.....	93
g) Verbot einer Mahnwache anlässlich des Besuches des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 22. und 23.05.2002 in Berlin.....	94
h) Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 23.02.2005 in Mainz.....	95
i) Versammlungsverbote anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 13.07.2006 in Stralsund.....	96
j) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel vom 06. bis 08.06.2007 in Heiligendamm .....	98
aa) Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens für Journalisten im Vorfeld des G-8-Gipfels in Heiligendamm.....	99
(1) VG Berlin vom 06.06.2007 .....	99
(2) VG Köln vom 15.01.2009 .....	100
(3) OVG Berlin-Brandenburg vom 22.06.2011 .....	100
bb) Weitere Versammlungsverbote.....	101
(1) Mahnwache an der technischen Sperre .....	101
(2) Kundgebungen am Flughafen Rostock-Laage .....	102
cc) Ingewahrsamnahmen zum Zwecke der Gefahrenabwehr .....	103
(1) Die Entscheidungen des OLG Rostock im Überblick.....	103

(2) Schwabe and M. G. v. Germany .....	104
k) Übermittlung polizeilicher Erkenntnisse durch das BKA an die NATO im Rahmen der Akkreditierung von Journalisten für den NATO-Gipfel am 03. und 04.04.2009.....	105
l) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch von Papst Benedikt XVI. vom 22. bis 25.09.2012 in der Bundesrepublik .....	107
2. Gemeinsame Analyse.....	108
III. Das Verhältnis des Art. 4 lit. a DSK zu den bestehenden völkerrechtlichen Schutzpflichten am Beispiel des Art. 29 Satz 3 WÜD ..	109
IV. Entstehungsgeschichte und Rezeption der Diplomatschutzkonvention als Hilfsmittel der weiteren Auslegung entsprechend Art. 32 WVÜ.....	110
1. Die Entstehungsgeschichte der Diplomatschutzkonvention.....	111
2. Das Zustimmungsgesetz zur Diplomatschutzkonvention vom 26.10.1976 .....	113
3. Die Rezeption der Diplomatschutzkonvention in Schrifttum und Rechtsprechung.....	114
a) Die Entscheidungen des IGH in Sachen United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran.....	114
b) Die Rezeption der Diplomatschutzkonvention im Schrifttum ....	115
4. Zwischenergebnis .....	117
V. Eigene Stellungnahme .....	117
F. Ergebnis.....	119
<b>§ 2 Völkergewohnheitsrechtliche Schutzpflichten .....</b>	<b>121</b>
A. Vorbereitende Untersuchungen .....	121
I. Begrifflichkeiten, Rechtsinstitute und Theorien im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Status der Missionen und Gesandten und ihre Bedeutung für die Herleitung völkergewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten .....	123
1. Die Bedeutung des Begriffs der Unverletzlichkeit .....	123
a) Die tatsächliche Verwendung des Begriffs.....	123
aa) Schrifttum.....	123
bb) Die Verwendung des Begriffs in der Rechtsprechung des IGH.....	125
cc) Die Verwendung des Begriffs im Rahmen der Berichterstattung zur Frage des Schutzes der diplomatischen und konsularischen Vertretungen .....	126
b) Weitere Auslegungsgesichtspunkte.....	126



aa) Regelungssystematik und Gegenstände der einschlägigen völkerrechtlichen Konventionen .....	126
bb) Der Begriff der Unverletzlichkeit im rechtshistorischen Kontext.....	128
cc) Exterritorialität, Repräsentationstheorie und Theorie der funktionalen Notwendigkeit als Grundlagen des völkerrechtlichen Status' der Missionen und Gesandten .....	129
c) Eigene Stellungnahme und Folgerungen für die weitere Untersuchung .....	131
2. Die Bedeutung der im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Status der Missionen und Gesandten verwendeten Begriffe, der diesbezüglichen Rechtsinstitute sowie der diesen zu Grunde liegenden Theorien für die Herleitung völkerrechtlicher Schutzpflichten.....	132
a) Die Bedeutung der Begriffe .....	132
b) Die Bedeutung der zugehörigen Rechtsinstitute .....	132
c) Die Bedeutung der Theorien .....	133
d) Zwischenergebnis.....	133
II. Das Verhältnis zwischen besonderen Schutzpflichten gegenüber ausländischen Amtsträgern und allgemeinen völkerrechtlichen Schutzpflichten gegenüber Ausländern .....	134
1. Freundschaftsverträge und völkerrechtliches Fremdenrecht bzw. „Minimum Standards“ .....	135
2. Konsularischer Beistand und diplomatischer Schutz.....	136
3. Ergebnis .....	137
III. Die These von der (völker)gewohnheitsrechtlichen Geltung bzw. Anwendung der Konvention über Spezialmissionen .....	137
1. Geltung auf Grund konkludenten Beitritts?.....	137
2. Geltung auf Grund völkergewohnheitsrechtlicher Verweisungsnorm?.....	139
3. Eigene Interpretation.....	139
4. Ergebnis .....	140
IV. Die Kontinuität der Verwendung von Sondergesandten als Grundlage der Fortgeltung der in Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD kodifizierten völkerrechtlichen Schutzpflichten .....	140
V. Zusammenfassung .....	142
B. Der Schutz von Staatsbesuchen in der Staatenpraxis .....	143
I. Staatenpraxis auf internationaler Ebene .....	143
1. Die Berichterstattung des UN-Generalsekretärs als Grundlage der Ableitung einer allgemeinen Staatenpraxis .....	143

2. Die Rechtsprechung des IGH und die ihr zu Grunde liegenden Sachverhalte als Grundlage der Ableitung einer allgemeinen Staatenpraxis.....	144
3. Stellungnahmen von Staatenvertretern als Ausdruck bzw. Beleg einer Staatenpraxis.....	145
a) Die Staatenumfrage von Waters 1958.....	145
b) Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Entstehung von der Konvention über Spezialmissionen und der Diplomatschutzkonvention.....	147
c) Stellungnahmen zur Konvention über Spezialmissionen auf die Umfrage von Quarch.....	148
d) Zusammenfassende Analyse .....	149
4. Zwischenergebnis .....	149
II. Die Praxis der Bundesrepublik und des Auslands an Hand ausgewählter Beispiele .....	150
1. Die Praxis der Bundesrepublik als Ausdruck einer auf völkerrechtlicher Rechtsüberzeugung beruhenden Übung.....	150
2. Die österreichische Praxis am Beispiel der Versammlungsverbote anlässlich des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng im Juli 1994 in Wien.....	150
a) Sachverhalt und Entscheidungen .....	150
b) Folgerungen für die Herleitung einer von Rechtsüberzeugung getragenen Staatenpraxis.....	151
c) Zwischenergebnis.....	152
3. Die Praxis weiterer ausländischer Staaten an Hand gesetzlicher Vorschriften.....	152
a) Vorschriften in den Vereinigten Staaten.....	153
aa) Die Strafvorschriften der 18 U.S.C. §§ 112, 1116.....	153
(1) Der Inhalt der Vorschriften .....	153
(2) Die völkerrechtliche Grundlegung der Vorschriften.....	153
(2) Zwischenergebnis .....	154
bb) Die Vorschrift des D.C. Code § 22-1315.....	154
b) Die britischen Vorschriften.....	155
c) Der irische Diplomatic Relations and Immunities Act, 1967 .....	157
d) Der südafrikanische Diplomatic Immunities and Privileges Act, 2001 .....	157
e) Die australischen Vorschriften .....	158
f) Die finnischen Vorschriften über die Privilegien und Immunitäten internationaler Konferenzen und Spezialmissionen.....	159
g) Die Vorschriften des österreichischen Sicherheitspolizeigesetzes..	160
h) Zwischenergebnis.....	160
4. Zusammenfassung .....	161

C. Indizien für das Bestehen völkergewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten.....	161
I. Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister.....	162
II. Der völkerrechtliche Status der übrigen Staatenvertreter einschließlich der in Art. 21 KSM genannten hochrangigen Personen .....	164
1. Die Rechtsprechung des IGH sowie ausgewählte Entscheidungen nationaler Gerichte.....	164
a) Die Entscheidungen des IGH.....	165
b) Die Entscheidungen nationaler Gerichte.....	167
aa) Die Entscheidungen in Sachen Tabatabai.....	167
(1) Die Auffassungen der mit der Sache befassten Gerichte...	167
(2) Der Inhalt der im Urteil des BGH wiedergegebenen Noten .....	169
(3) Gemeinsame Analyse .....	170
bb) United States v. Sissoko .....	172
cc) Fenton Textile Association v. Krassin .....	172
c) Zwischenergebnis.....	174
2. Die Auffassungen im Schrifttum .....	174
a) Dezierte Aussagen zum Status hochrangiger Staatenvertreter.....	174
b) Die besonders dem Schutz der Staatenvertreter gewidmeten Untersuchungen.....	175
aa) Die Untersuchungen von Eagleton und Waters.....	175
bb) Die Untersuchungen von Przetacznik .....	177
cc) Die Untersuchung von Murphy .....	178
c) Stellungnahmen und Untersuchungen zum völkerrechtlichen Status der Sondermissionen und -gesandten sowie zur „völkergewohnheitsrechtlichen Geltung“ der Konvention über Spezialmissionen.....	178
aa) Stellungnahmen zur Frage der „völkergewohnheitsrecht- lichen Geltung“ der Konvention über Spezialmissionen .....	179
bb) Sonstige Stellungnahmen zum völkerrechtlichen Status von Staatenvertretern.....	181
d) Zwischenergebnis.....	183
3. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen völkerrechtlichen Konventionen.....	183
a) Die Konvention über Spezialmissionen.....	183
aa) Die Entstehung der Vorschriften der Art. 25 Abs. 2, 29 KSM .	183
bb) Die Frage des Begriffs der Spezialmissionen.....	185
cc) Die Frage einer Sonderstellung besonders hochrangiger Personen (Art. 21 KSM).....	189
dd) Die allgemeinen Feststellungen Bartoš' zum Stand des Völkergewohnheitsrechts und die allgemeine Rezeption der Konvention .....	190

ee) Zwischenergebnis .....	191
b) Die Diplomatenschutzkonvention .....	191
4. Vorentwürfe zu Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD am Beispiel des Entwurfs der Harvard Law School .....	192
III. Ergebnis .....	192
D. Zusammenfassende Analyse .....	193
I. Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister .....	193
II. Die übrigen Staatenvertreter einschließlich der übrigen in Art. 21 KSM genannten Personen .....	194
1. Staatenvertreter mit diplomatischen Aufgaben .....	194
2. Staatenvertreter mit nichtdiplomatischen Aufgaben .....	196
E. Ergebnis .....	197
<b>§ 3 Allgemeine Rechtsgrundsätze .....</b>	<b>199</b>
A. Die Rechtslage auf Grund des Gefahrenabwehrrechts des Bundes und der Länder und die auf den Schutz der Staatenvertreter bezogenen Vorschriften des Auslandes .....	200
B. Bewertung der vorgefundenen Rechtsnormen .....	201
C. Ergebnis .....	201
<b>§ 4 Zusammenfassung .....</b>	<b>203</b>
 <b>Dritter Teil</b>	
<b>Der Inhalt der den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten .....</b>	<b>205</b>
<b>§ 1 Der Inhalt des Würdeschutzes .....</b>	<b>207</b>
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck .....	208
B. Die Praxis des Würdeschutzes in den zwischenstaatlichen Beziehungen .....	210
I. Die Berichterstattung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen .....	210
II. Die Praxis der Bundesrepublik .....	212
III. Die Praxis ausländischer Staaten .....	213
1. Die Praxis des Auslands an Hand gesetzlicher Vorschriften .....	213
2. Weitere Einzelfälle .....	213
3. Zwischenergebnis .....	214

IV. Zwischenergebnis.....	214
C. Rechtsprechung und Schrifttum.....	215
I. Die Behandlung des Würdeschutzes in der Rechtsprechung.....	215
1. Rechtsprechung in der Bundesrepublik.....	215
a) Die Entscheidungen in den Transparentfällen.....	215
aa) Die Sicherstellung von Transparenten in Bonn – Bad Godesberg.....	215
bb) Die Sicherstellung von Transparenten in München.....	216
cc) Gemeinsame Analyse.....	217
b) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	217
2. Rechtsprechung im Ausland.....	218
3. Entscheidungen des EGMR und des UN-Menschenrechtsausschusses.....	219
a) Rechtsprechung des EGMR.....	219
b) Entscheidungen des UN-Menschenrechtsausschusses.....	221
4. Zusammenfassung.....	223
II. Schrifttum.....	223
III. Zusammenfassung.....	227
D. Entstehungsgeschichte und Systematik der einschlägigen Konventionen.....	227
E. Eigene Stellungnahme.....	229
F. Ergebnis.....	231
<b>§ 2 Die Verpflichtung zu besonderen Schutzmaßnahmen.....</b>	<b>233</b>
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck.....	233
B. Die Staatenpraxis.....	234
I. Innerstaatliche Vorschriften zum Schutz von Missionen und Staatenvertretern.....	234
II. Amtliche Informationen.....	235
1. Die Protocol Guidelines des australischen Außenministeriums.....	235
2. Die Analyse Minnaars.....	236
3. Zusammenfassung.....	237
III. Unterschiede in der praktischen Handhabung im Einzelfall: Die Besuche von George W. Bush in Mainz und Bratislava am 23.02.2005.....	237
IV. Zusammenfassung.....	238
C. Rechtsprechung und Schrifttum.....	238
I. Rechtsprechung.....	238

II. Schrifttum .....	239
D. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen Konventionen .....	242
E. Analyse .....	244
I. Die Frage des Ermessensspielraums .....	244
1. Die Frage des Entschließungsermessens .....	245
2. Die Frage des Wegfalls des Auswahlermessens .....	246
3. Zwischenergebnis .....	247
II. Die Verpflichtung zur Abwehr sämtlicher, auch nur abstrakter Gefahren..	247
III. Die Frage der Verpflichtung zur Ergreifung aller geeigneten Maßnahmen unter Ausschluss von Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten bzw. einer Abwägung mit anderweitigen Rechtsgütern .....	248
IV. Zusammenfassung .....	249
<b>§ 3 Ergebnis .....</b>	<b>251</b>
<b>Thesen .....</b>	<b>253</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>255</b>
<b>Verzeichnis der zitierten völkerrechtlichen Verträge bzw. Konventionen.....</b>	<b>265</b>